



Den Druck erhöhen

Charite flüchtet in die Friedenspflicht

❖ Nie zuvor war die Bereitschaft der Charité-Belegschaft so groß, für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu streiken. Der spontane Rücklauf bei der Streikleitung war überwältigend: Über 300 Betten und mehr als 20 komplette Stationen bzw. Bereiche sollten geschlossen werden. Auch aus der Ärzteschaft wurde Unterstützung bekundet.

In den Tarifverhandlungen hatte der Charitévorstand keinerlei Bereitschaft gezeigt, auf die Forderungen der Beschäftigten einzugehen, die da sind:

- Mindestbesetzung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und Ausbildungsqualität.
- Eine Pflegekraft soll nicht mehr als zwei Schwerstkranke auf der Intensiv versorgen und nicht

mehr als fünf PatientInnen auf Normalstationen.

- Kein Nachtdienst soll mehr allein verrichtet werden.

Diese Forderungen sollen eine verantwortbare Krankenversorgung sichern und sind die Voraussetzung, dass das Pflegepersonal nicht selbst krank wird.

Der ver.di-Tarifkommission blieb also nur der Warnstreikaufruf für den 17. März, um zu signalisieren: ES REICHT!

An der Charité fehlen rund 300 Vollzeit-Pflegekräfte. Natürlich bedeutet mehr Personal für die Klinik eine Erhöhung der Personalausgaben, die durch das DRG-System (System diagnosebezogener Fallgruppen / Fallpauschalen) gedeckelt sind. Tatsächlich

➔ Fortsetzung auf Seite 2

Europawahl: DKP wählen!

Am 25. Mai knallrot gegen diese EU wählen

Am 25. Mai sollen wir wieder einmal wählen. Diesmal geht es um das Europäische Parlament. Haben Sie schon mal mitgekriegt, was dort diskutiert und beschlossen wird? Nein? Das ist kein Wunder, denn in den hiesigen Massenmedien findet das Europaparlament kaum statt. Das hat einen Grund: Das Parlament hat vor allem eine Alibifunktion, denn alle relevanten Entscheidungen in der EU werden von den nationalen Regierungen – also von Frau Merkel und Kollegen – sowie von nicht demokratisch gewählten Gremien wie der EU-Kommission beschlossen. Das Parlament darf dann nur etwas meckern.

Wir wollen, dass das anders wird. Wir wollen den Nebelschleier zerreißen, den die Regierenden um „Brüssel“ errichtet haben. Deshalb kandidiert die Deutsche Kommunistische Partei bei der Wahl für das Europaparlament. Wir wollen die Interessen der einfachen Menschen – zu denen wir selbst zählen – vertreten, gegen die Politmafia von Brüssel und Berlin.

Ärgern Sie Frau Merkel doch mal so richtig – wählen Sie am 25. Mai DKP!



Heraus zum 1. Mai!

*Gegen Kriegseinsätze,
für Arbeit, höhere Löhne
und Solidariät*

Am 1. Mai werden weltweit wieder Millionen Menschen auf die Straße gehen. Gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, gegen den sozialen Kahlschlag, gegen Privatisierungen und gegen Krieg. In Deutschland ruft der DGB unter der Überschrift „Gute Arbeit. Soziales Europa!“ zu den Kundgebungen auf. Hier wird der DGB von der internationalen Entwicklung überrollt. Weltweit steigt die Kriegsgefahr und die Kriege, in denen auch Deutschland verwickelt ist, nehmen zu. Hierzu wird multimedial die Bevölkerung auf Kriege vorbereitet. Drohkulissen werden aufgebaut, wie jüngst mit den Entwicklungen in der Ukraine. Erst langsam kommen Meldungen hoch, die die staatliche Propaganda der Gefahr vor dem „russischen Bären“ hinterfragen. Schon vor diesem Hintergrund ist die Forderung „Soziales Europa“ ohne Inhalt. Dramatischer stellt sich die Entwicklung in Griechenland dar. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen, die Arbeitslosenzahlen steigen dramatisch und Massenverarmung ist zu beobachten. Der erste Mai muss in Deutschland wieder zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse werden. Also: Heraus, zum 1. Mai!

Vormaifeier der DKP

Sa, 26. April, 14.00 – 20.00 Uhr

Gewerkschaftsdemonstration

1. Mai, 10 Uhr, Hakescher Markt.

Die große Resonanz auf den Warnstreikaufruf hat die Klinikleitung aufgeschreckt, so dass sie die Verhandlungen für gescheitert erklärte und die Schlichtung anrief.

» Fortsetzung von Seite 1

hat die Einführung des DRG-Systems zu massivem Personalabbau und Arbeitsverdichtung geführt. Das Gesundheitssystem als gesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge ist dem Profitstreben der Krankenhauskonzerne, ihrem Konkurrenzkampf geopfert worden. Die Entwicklung an Europas größtem Universitätskrankenhaus ist hier beispielhaft. Der Trend zur Zweiklassenmedizin muss gestoppt werden, sonst wird es bald selbstverständlich sein, dass schwerkranke, weniger zahlungskräftige zugunsten reicher Leute wie Frau Timoschenko hinten anstehen müssen.

Die Klinikleitung, die immer wieder für Negativschlagzeilen in der Öffentlichkeit sorgt – jüngstes Beispiel: 40 Millionen Euro Forschungsgelder die „falsch verbucht“ wurden – versucht, diese Tarifverhandlungen in der Öffentlichkeit als unzumutbare, weit überzogene Forderungen der Gewerkschaft ver.di darzustellen. Die große Resonanz auf den Warnstreikaufruf der ver.di-Tarifkommission hat sie aufgeschreckt, so dass sie die Verhandlungen für gescheitert erklärte und die Schlichtung anrief.

Damit wurde die Gewerkschaft durch die Friedenspflicht geknebelt, zur Untätigkeit verurteilt.

Gerade in dieser Situation zeigt sich der Wert des „Bündnisses Berlinerrinnen und Berliner für mehr Beschäftigte im Pflegebereich“. Nicht an die Friedenspflicht gefesselt, rief der breite Zusammenschluss am 17. 3. zu Kundgebung und Demonstration auf. Neben ver.di-KollegInnen, CFM-(CharitéFacility-Management) und Einzelhandels-Betriebsräten, der GEW, Kollegen aus der Metallindustrie

und politischen Aktivisten, war die Abordnung von Kolleginnen und Kollegen aus den Vivantes-Krankenhäusern – die am selben Tag morgens in sechs Berliner Vivantes-Kliniken einen eintägigen Warnstreik begonnen hatten – eine große Verstärkung. In ihren Streikwesten und „bewaffnet“ mit ver.di-Fahnen trugen sie erheblich zu der „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt-Stimmung“ bei.



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Büroöffnungszeiten:

Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr

Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion

Widerstand gegen Gehaltsklau!



*Vivantes will trotz Gewinnsteigerung
Beschäftigten in die Tasche greifen*

Der landeseigene Gesundheitskonzern Vivantes hat am 27. März seine Jahresbilanz für 2013 vorgestellt. Bei 941 Millionen Euro Umsatz hat der Konzern 7,9 Millionen Gewinn gemacht - rund 1,2 Millionen mehr als 2012. Allein die Zahl der stationären Aufnahmen stieg um 17.000 auf 218.000.

Diese Zahlen spiegeln auf den ersten Blick nicht wider, dass der Konzern auf seiner Führungsebene skandal- und krisengeschüttelt ist. Er wechselt seine Führungskräfte öfter als andere das Unterhemd. Gegen den langjährigen Vivantes-Chef Bovelet wird laut Medienberichten seit Monaten wegen möglicher Untreue ermittelt. Er war 2013 im Streit mit dem Senat zurückgetreten. Kürzlich mußte auch Karl Kauermann im Streit mit dem Senat den Aufsichtsrat verlassen.

Nach einer Polizeirazzia machte nun aktuell im März der Finanzchef Schlagzeilen in der Presse: Es lege der Verdacht der Bestechlichkeit vor. Bei der Vergabe des Reinigungsdienstes sollen laut Medienberichten 20.000 Euro Schmiergelder geflossen sein. Am 27. März wurde Andrea Grebe als Bovelets Nachfolgerin zur neuen Vorsitzende der Geschäftsführung ernannt.

Was heißt das für die Beschäftigten? Die Gewinnsteigerung geht mit Umsatzsteigerung und Leistungserweiterung einher. Das heißt für die ca.

15000 Beschäftigten mehr Arbeit und mehr Stress. Es fehlt Personal.

Gab es dafür auf der Bilanzpressekonferenz ein Wort der Anerkennung von Grebe für die Beschäftigten, die den Gewinn erwirtschaftet haben? Mitnichten! Lange hatten die Gewerkschaften dafür gekämpft, dass bei Vivantes der bundesweite Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gilt. Nun beschied Grebe sie, dass man einen - selbstverständlich billigeren - Konzerntarif wolle. Also bei neuen Einstellungen weniger für Reinigungskräfte, Physiotherapeuten, Techniker usw., etwas mehr für die Berufsgruppen, bei denen man durch den Fachkräftemangel dazu gezwungen ist. Beim Personal wolle man so weitere 19 Millionen einsparen. Das Geld geht wonaders hin: Allein an Abfindungen zahlte man 3,2 Millionen Euro und von den 68 Millionen Investitionen 2013 finanzierte Vivantes 45 Millionen selbst, obwohl das Land Berlin zuständig gewesen wäre.

Die Beschäftigten gaben dieser Tage die einzig richtige Antwort auf diese Provokationen, sie beteiligten sich an den Warnstreiks der zur Zeit laufenden Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes. 100 Euro für alle im Monat plus 3,5% mehr sind ihre Forderung. Der Widerstand gegen Gehaltsklau wächst, die Betroffenen fordern vernünftige Löhne. Dafür brauchen und verdienen sie unsere Solidarität!



Brot und Rosen

*Rückblick auf den
Frauenkampftag 2014*

Der Internationale Frauentag ist weit davon entfernt, ein rein historischer Tag zu sein. 1910 auf Initiative der Deutschen Revolutionärin Clara Zetkin zum weltweiten Kampftag für die Rechte der Frau erklärt, hat der 8. März diese Bedeutung angesichts schlechterer Bezahlung für gleiche Arbeit (in Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 22 % weniger als Männer), der Doppelbelastung Kinder / Arbeit und der ansteigenden Gewalt gegen Frauen längst nicht verloren. So wurde der Frauentag 2014 von der DKP in Berlin als Feiertag, aber auch als Tag des Kampfes für Frauenrechte begangen. Vor der Charité war es das Extrablatt des „Schrittmachers“, in den Wohngebieten der „Berliner Anstoß“ und das Frauentags-Extra unserer Wochenzeitung „UJ“ die Denkanknüpfungen. Immer dabei die rote Nelke - hunderte von arbeitenden Frauen in Berlin wurden damit überrascht. Am folgenden Tag, dem 9. März, fanden zahlreiche Frauen, darunter auch eine Reihe von Charité-Beschäftigten, ihren Weg nach Neukölln zur Frauentagsveranstaltung der DKP. Im Kulturzentrum Allmende wurde gut gefeiert, aber wurde auch viel diskutiert, was getan werden muss, um noch deutlicher auf den Kampf der Frauen für ihre Rechte aufmerksam zu machen - hier und auf der ganzen Welt.



Internatio- nalistische Maifeier

Die DKP Berlin feiert den
1. Mai als Kampf- und Fei-
ertag der arbeitenden
Menschen.

**Sa, 26. April 2014,
14.00 – 20.00 Uhr
Innenhof ND-Gebäude
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin**

Genossen und Freunde treffen
Gelegenheit, mit Genossen,
Freunden und Gästen zu
diskutieren oder einfach nur
zum Klönen ...

**Politik & Kultur
mit Elke Querbeet (Berlin)
und La Mula Santa (Chile)**

Essen und Getränke
Gegrilltes, Salate, Kaffee &
Kuchen, Bier, Wein

**Gäste sind herzlich
willkommen!**



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dcp-berlin.info

Web: www.dcp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Putschistin in Behandlung

*Julia Timoschenkos Behandlung
in der Charité wirft Fragen auf*

Als Julia Timoschenko uns die Ehre erwies, sich in der Charité behandeln zu lassen, war der Medien- trubel groß. Wie die Klinikleitung am 8. März – dem Internationalen Frauentag! – per Pressemitteilung informierte, war die frühere Re- gierungschefin der Ukraine schon seit 2012 in Behandlung – zunächst noch im Gefängnis im Charkow, wo sie eine Haftstrafe wegen Unter- schlagung und Korruption absaß.

Nachdem sie Anfang März in Berlin aufgenommen wurde, kümmerten sich Spezialisten für Orthopädie, Physi- kalische Medizin, Neurologie sowie Neurochirurgie und Neuroradiologie um die Patientin.

Wir finden es gut, dass sich die Charité auch um Kranke in anderen Ländern kümmert. Wir können doch sicherlich davon ausgehen, dass eine derartige Behandlung durch Charité-Ärzte in der Ukraine auch andere dort Erkrankte bekommen, oder? Und wir unterstüt- zen es absolut, dass Patientinnen aus der Ukraine nach Berlin gebracht und hier behandelt werden. Aber – um künftige Missverständnisse auszu- schließen – wüssten wir doch gerne: Wer hat die jahrelange Behandlung von Frau Timoschenko in Charkow und in Berlin bezahlt? Sie war vermutlich nicht bei der AOK versichert. Hat sie die Rechnung selbst beglichen? Hat dann jemand geprüft, woher sie die sicherlich nicht geringe Summe hatte? Wir wollen

doch nicht zur Schwarzgeldwäsche missbraucht werden, oder?

Wo können sich denn Patientinnen und Patienten, die sich von den ukrainischen Medizinerinnen nicht gut behandelt fühlen, melden, um nach Berlin ausgeflogen zu werden? Und geht das auch umge- kehrt? Können wir uns künftig in Kiew behandeln lassen, wenn die Wartezeiten bei Fachärzten wieder mal zu lange sind? Den Flug organisiert uns sicherlich die Charité, oder?

Es wäre schön, diese Fragen beant- wortet zu bekommen. Sonst müssten wir doch davon ausgehen, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Wurde Frau Timoschenko etwa eine ganz besondere Behandlung gewährt, weil man sie aus politischen Gründen verhätscheln wollte? Weil man sie für einen verfassungswidrigen Sturz der demokratisch gewählten Regierung der Ukraine brauchte? Dann hätten sich die Bundesregierung – die den Behandlungsdeal dem Vernehmen nach eingefädelt hat – und die Timoschenko so aufopferungsvoll behandelnden Ärzte der Beihilfe zu einem Staatsstreich schuldig gemacht. Ohne deren Hilfe würde Frau Timoschenko heute nicht zusammen mit militanten Faschisten in Kiew regieren.

Wir reden übrigens von der Dame, die sich erst neulich am Telefon in Vernich- tungsphantasien gegen die russische Bevölkerung der Ukraine und gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erging. Sehr human, Frau Timoschenko.